

# Pressemitteilung

03. April 2019

## Verbände: Klimaziele im Verkehr nur mit CO<sub>2</sub>-armen Kraftstoffen erreichbar

**Gemeinsame Erklärung von BDBe, DVFG, MEW, MVaK, MWV, UFOP, UNITI und VDB**

**Allianz für grüne Kraftstoffe: Klimaziele im Verkehr sind nur mit CO<sub>2</sub>-armen Kraftstoffen zu erreichen**

**Berlin, 3. April 2019 - Globale, europäische und nationale Vorgaben setzen den CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr künftig immer engere Grenzen. Die Nationale Plattform zur Zukunft der Mobilität (Verkehrskommission) hält zu ihrem Zwischenbericht fest: Zur Zielerreichung „werden alle Technologien und Verkehrsträger und entsprechende Investitionen in Infrastrukturen und Produktionsanlagen benötigt“. In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen acht Verbände aus dem Bereich der flüssigen Energieträger diese Feststellung der Verkehrskommission. Sie fordern die Bundesregierung auf, das Potenzial CO<sub>2</sub>-armer Kraftstoffe ebenso engagiert zu nutzen wie das der Elektromobilität.**

Bis 2050 will die EU klimaneutral werden; bis 2030 gibt es ehrgeizige Zwischenziele unter anderem für den Verkehr. Doch selbst wenn in Deutschland bis 2030 wie angestrebt rund 7 bis 10 Millionen E-Autos fahren, werden noch mehr als 35 Millionen Pkw mit Verbrennungsmotor unterwegs sein. Wesentliche Teile des Lkw-Verkehrs sowie Schiff- und Luftfahrt sind zudem nur schwer elektrifizierbar. Auch mit weiteren erforderlichen Maßnahmen wie mehr Ökostrom und mehr Förderung für Bus und Bahn wird sich die CO<sub>2</sub>-Lücke im Verkehr nicht schließen lassen.

### **Biokraftstoffe und E-Fuels notwendig**

Das bedeutet: Wir werden für den Klimaschutz weiterhin flüssige Kraftstoffe brauchen, und diese müssen klimaneutral werden. Biokraftstoffe sorgen bereits heute für Treibhausgasreduktion; fortschrittliche Biokraftstoffe aus Abfall- und Reststoffen werden eine zunehmend bedeutende Rolle spielen. Darüber hinaus steht mit strombasierten synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) eine weitere Technologie zur Minimierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr zur Verfügung.

### **Fokussierung auf eine Technologie beinhaltet hohe Risiken**

Gegen eine reine Fokussierung auf die E-Mobilität sprechen auch soziale und regionale Aspekte: Im Falle höherer Energiesteuern auf Kraftstoffe bezahlen Bewohner im ländlichen Raum, die auf



eine große Reichweite angewiesen sind, die staatlich geförderte Elektromobilität der Städte. Kleinwagen drohen wegen höherer Kosten aufgrund der erforderlichen CO<sub>2</sub>-Senkung deutlich teurer zu werden, was gerade Bezieher niedriger Einkommen träfe.

### **Die Branche ist zum Dialog bereit**

Die Unterzeichner der Gemeinsamen Erklärung sind davon überzeugt, dass nur mit einem deutlichen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Kraftstoffe die Klimaziele im Verkehr erreicht werden können. Für die notwendigen erheblichen Investitionen in verschiedene fortschrittliche Technologien sind verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen unerlässlich. Die Verbände stehen mit ihren Mitgliedsunternehmen bereit, den Weg zu mehr erneuerbaren Kraftstoffen zu beschreiten.

*Die Unterzeichner:*

*BDBe - Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft*

*DVFG - Deutscher Verband Flüssiggas*

*MEW - Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland*

*MVaK - Mittelstandsverband abfallbasierter Kraftstoffe*

*MWV - Mineralölwirtschaftsverband*

*UFOP - Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen*

*UNITI - Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen*

*VDB - Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie*



Allianz für Mobilität  
und Energie e. V.

Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.

afm+e Allianz für Mobilität und Energie e.V.

Georgenstraße 23

10117 Berlin

Tel +49 (0)30 / 80 95 045 30

Fax +49 (0)30 / 22 605 978

[info@afm-verband.de](mailto:info@afm-verband.de)

[www.afm-verband.de](http://www.afm-verband.de)

**Über den Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.:**

Der AFM+E-Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie vertritt die Interessen unabhängiger, mittelständisch strukturierter Energieunternehmen gegenüber der Politik in der Bundeshauptstadt Berlin und in den Bundesländern. Die hinter dem Verband stehenden Unternehmen sind eine tragende Säule der Energieversorgung in Deutschland.